

Vorlage Stadtparlament

Datum 17. Dezember 2019
Beschluss Nr. 3663
Aktenplan 152.15.10 Stadtparlament: Motionen

Motion Benedikt van Spyk: Mehr Transparenz und Rechtssicherheit bei der Denkmalpflege; Frage der Erheblicherklärung

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion «Mehr Transparenz und Rechtssicherheit bei der Denkmalpflege» wird **mit folgendem abgeänderten Motionsauftrag erheblich** erklärt:

Der Stadtrat wird beauftragt, das geltende Reglement über die Finanzierung der Altstadt-, Ortsbild- und Denkmalpflege vom 12. Februar 1980 (SRS 731.3) zu überarbeiten und dem Stadtparlament als Entwurf vorzulegen. Dabei ist das Reglement insbesondere um die Berechnungsgrundsätze, die Beitragssätze und entsprechend die Beitragsverfügung für die Ausrichtung von Gemeindebeiträgen an die Bewahrung von Baudenkmälern zu ergänzen.

Benedikt van Spyk sowie 28 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 27. August 2019 die beiliegende Motion «Mehr Transparenz und Rechtssicherheit bei der Denkmalpflege» ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1 Ausgangslage

Das Motionsbegehren bemängelt unterschiedliche Aspekte in der Praxis der städtischen Denkmalpflege, insbesondere im Bereich der Beurteilung von baulichen Massnahmen und in der Berechnung von Beiträgen für denkmalpflegerische Mehraufwendungen. Allem voran würden eine «stabile Rechtsgrundlage» sowie «klare Verfahren» fehlen. Die Ausrichtung von Beiträgen solle transparent und nachvollziehbar erfolgen – eine Situation, die momentan nicht gegeben sei. Daraus folgernd verlangt das Begehren, dass ein Reglement geschaffen werde, in welchem «die Verfahren der Denkmalpflege insbesondere betreffend die Erstellung eines Schutzzinventars, die Beurteilung baulicher Massnahmen an Baudenkmälern sowie die in Aussichtstellung und Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen» geregelt werden. Das Reglement über die Finanzierung der Altstadt-, Ortsbild- und Denkmalpflege (SRS 731.1) aus dem Jahr 1980 solle zu diesem Zweck in dieses neue Reglement integriert werden und durch Berechnungsgrundsätze und Beitragssätze ergänzt werden. Gleichzeitig wird gefordert, dass im

Rahmen dieser Neureglementierung die Anliegen des abbeschriebenen Postulats «Baukultur: Innovation ohne Reue» erneut geprüft werden.

2 Erwägungen

Mit dem Bericht zum Postulat «Baukultur: Innovation ohne Reue (Vorlage des Stadtrats Nr. 3030 vom 21. Mai 2019) hat der Stadtrat in ausführlicher Form die Grundlagen und Methoden des denkmalpflegerischen Handelns, die rechtlichen Vorgaben sowie die Organisation, Funktionsweise und Verfahren der städtischen Denkmalpflege dargelegt und erörtert. Es wurde darin auch ausgeführt, weshalb in der Stadt St.Gallen seit jeher die Auffassung besteht, dass die Schutzobjekte aufgrund ihrer grossen Anzahl inventarisiert und erst bei konkretem Anlass formell geschützt werden (Schutzinventarmodell). Mit der Antwort auf die Interpellation «Zeitgemässes Wohnen und Denkmalschutz: Ein Widerspruch?» (Vorlage des Stadtrats Nr. 3032 vom 21. Mai 2019) hat der Stadtrat zudem aufgezeigt, dass sich die Denkmalpflege bezüglich der Berechnung der Beiträge für Schutzobjekte von lokaler Bedeutung an der Praxis der Kantons St.Gallen für Beiträge an Objekte von nationaler oder kantonaler Bedeutung orientiert.

Die Grundlagen für die denkmalpflegerische Arbeit, wie sie bereits in der Beantwortung des Postulats «Baukultur: Innovation ohne Reue» eingehend erläutert wurden, bilden internationale Chartas und die im Jahr 2007 von der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege herausgegebenen «Leitsätze der Denkmalpflege in der Schweiz». Sie enthalten allgemeine Grundsätze zur Denkmalbestimmung, zum Umgang mit Denkmälern, zum Handeln und zu den Massnahmen am Denkmal. Eine zweckmässige und nachhaltige Erfüllung der Aufgaben der Denkmalpflege bedingt schliesslich eine wissenschaftliche, zumeist interdisziplinäre Herangehensweise. Die Methoden der Denkmalpflege unterliegen damit im Austausch mit Fachleuten aus dem In- und Ausland einer ständigen Überprüfung und Anpassung.

Zutreffend ist, dass das heute geltende Reglement über die Finanzierung der Altstadt-, Ortsbild- und Denkmalpflege vom 12. Februar 1980 weder Berechnungsgrundsätze noch Beitragssätze für die Unterstützungsbeiträge der Stadt an Objekte von lokaler Bedeutung enthält. Wie das Motionsbegehren richtigerweise festhält, ist die in der Antwort auf die Interpellation «Zeitgemässes Wohnen und Denkmalschutz: Ein Widerspruch?» genannte Verordnung über Kantonsbeiträge an Erhaltung und Pflege schützenswerter Kulturgüter (sGS 275.12) mittlerweile ausser Kraft. Sie wurde nahtlos abgelöst durch die Verordnung über Kantonsbeiträge an unbewegliche Kulturgüter (VUKG; sGS 277.11), die sich im Bereich der Baudenkmäler nur unwesentlich von der erstgenannten unterscheidet. Sie bildet die Grundlage, nach welcher die kantonale Denkmalpflege ihre Beiträge an Objekte von nationaler oder kantonaler Bedeutung bestimmt. Im Unterschied zum Kanton kennt die Stadt zudem den Begriff der Beitragsverfügung nicht. Wie bereits in der Interpellationsantwort in Betracht gezogen, ist der Stadtrat bereit, dieses Reglement zu überarbeiten und um die Berechnungsgrundsätze, die Beitragssätze und entsprechend die Beitragsverfügung für die Ausrichtung von Gemeindebeiträgen an die Bewahrung von Baudenkmälern zu ergänzen. In diesem Zusammenhang kann das Reglement, welches aufgrund seines Alters mittlerweile in einigen Bereichen auch überholt und im Widerspruch zu anderen Erlassen steht, zugleich einer Aktualisierung unterworfen werden.

Eine Festlegung von Grundsätzen für die Erstellung des Schutzinventars, wie es das Motionsbegehren fordert, ist auf kommunaler Ebene nicht nötig. Die Anforderungen an den Inhalt und die Erstellung

eines Schutzinventars werden bereits im kantonalen Planungs- und Baugesetz (sGS 731.1, abgekürzt PBG) festgelegt. Demgemäss wird das Inventar nach anerkannten Grundsätzen unter Mitwirkung der Bevölkerung und in Zusammenarbeit mit der zuständigen kantonalen Stelle erlassen. Betroffene Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer werden angehört (Art. 120 Abs. 1 PBG). Das Schutzinventar bedarf zudem der Genehmigung der zuständigen kantonalen Stelle (Art. 120 Abs. 2 PBG). Aufgrund der grossen Anzahl an Schutzobjekten ist es in der Stadt St.Gallen weder erforderlich noch sachgerecht, mit einem enorm hohen Aufwand vorsorglich für all diese Bauten und Anlagen mittels Schutzverordnung formelle Schutzmassnahmen auszuarbeiten und diese im dafür erforderlichen Verfahren zu beschliessen. Das Schutzinventarmodell hat sich bewährt und wurde von der städtischen Bürgerschaft im Jahr 2009 bestätigt. Auch der Begriff des Baudenkmals als Schutzobjekt bedarf keiner Definition auf kommunaler Ebene. Das PBG definiert in Art. 115 Abs. 1 lit. g Baudenkmäler als herausragende bauliche Objekte und Ensembles von besonderem kulturellem Zeugniswert, wie Ortsbilder, Baugruppen, Bauten und Bauteile, Anlagen sowie deren Umgebung und feste Ausstattungen und Zugehör.

Eine pauschale Wiederaufnahme der bereits hinreichend beantworteten Anliegen des Postulats «Baukultur: Innovation ohne Reue» wird nicht als angezeigt erachtet. Das Stadtparlament hat das Postulat am 27. August 2019 als beantwortet abgeschlossen.

Zusammengefasst kommt der Stadtrat zum Schluss, dass die Motion in geänderter Fassung entgegenzunehmen ist, indem das bestehende Reglement über die Finanzierung der Altstadt-, Ortsbild- und Denkmalpflege überarbeitet und insbesondere um die Berechnungsgrundsätze, die Beitragssätze und die Beitragsverfügung für die Ausrichtung von Gemeindebeiträgen an die Bewahrung von Baudenkmalen ergänzt wird.

Der Stadtpräsident:
Thomas Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:
▪ Motion vom 27. August 2019